

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 4

Artikel: Zur Analyse des "Kalten Krieges"
Autor: Franck, Sebastian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336642>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 11.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nicht allein die Schuld der Steuerungerechtigkeit, aber die Verantwortung der letzteren bleibt sehr groß.»

Restauration statt Reform

Die Reformbewegung der Befreiung hat zum erstenmal dem in Erscheinung getretenen Verfall ins Gesicht gesehen. Sie zeigte die Aufgaben auf und unternahm mit der Verstaatlichung die ersten Schritte, um aus dem Sumpf des Kapitalismus herauszukommen. Eine Politik der Investitionen, die dieser sträflich vernachlässigt hatte, wurde in Angriff genommen. Aber das alles ist Vergangenheit. Die Arbeiterklasse mit der Kommunistischen Partei in die Opposition gestoßen, mußte das Gewicht der traditionellen Wirtschaftskräfte schließlich unüberwindlich werden. Die Reform wich vor der Restauration. Kräftiger denn je blühte die Profitwirtschaft, während die Investitionen abnahmen. Es gilt weniger, die Zukunft vorzubereiten, als die Gegenwart der Besitzenden zu verteidigen. Von 1950 bis 1952 fielen die Investitionskredite von 20 Prozent auf 14 Prozent. Wie vor dem Krieg liegen die Preise über dem Weltdurchschnitt und haben ein Außenhandelsdefizit von über 1 Milliarde Dollar und eine drakonische Einfuhrdrosselung hervorgerufen. Währenddessen gilt Frankreich als das nach Amerika und Rußland am meisten Gold besitzende Land. Es kommt der nationalen Wirtschaft allerdings nicht zugute. Man nimmt an, daß 6000 Tonnen Gold entweder versteckt oder illegal ausgeführt wurden. Damit treffen wir also die entscheidenden Vorkriegsmerkmale wieder an. Trotz der Produktionserhöhung gab es keine Preissenkungen, sondern im Gegenteil eine üble Preisspekulation, die sich mit der Spekulation auf den Dollar und das Gold paarte und von neuem der Inflation einen mächtigen Auftrieb gab. Und dabei darf man mit dem radikalen Abgeordneten und früheren Wirtschaftsminister Mendès-France der Inflation eine wichtige Bedeutung im Prozeß der französischen Stagnation beimessen, da sie «das Sparen, die Produktion, die Arbeit zugunsten der Spekulation, der Bequemlichkeit und des skrupellosen Egoismus schädigte». Heute zeigt sie von neuem ihre Fieberkurven und drückt damit aus, daß Frankreich wieder an dem Punkt angelangt ist, den die «Libération» überwinden wollte. Das Aufkommen der alten Politiker der Dritten Republik und der Pétainisten kann dem Erhalten der Stagnation dienen, aber nicht ihrer Überwindung.

SEBASTIAN FRANCK

Zur Analyse des „Kalten Krieges“

Ist der die Welt erschütternde Konflikt zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ein Kampf, der — je nach der Einstellung des Betrachters — als ein Zusammenstoß von Kapitalismus und Sozialismus, von

Revolution und Reaktion oder von Demokratie und Diktatur, auf jeden Fall als ein Aufeinanderprallen von zwei gegensätzlich ausgerichteten Sozialsystemen und ihrer Ideologien begriffen werden muß, oder handelt es sich in Wirklichkeit um die Spannung zwischen zwei Machtakkumulatoren, um zwei Machtsysteme, die im Versuch ihrer Machtsicherung und der Sicherung der Sicherungen aneinander geraten? Von der Beantwortung dieser Frage hängt ab, wie wir die Gegenwart begreifen; auch kann sie nicht ohne Einfluß auf das politische Verhalten sein. Ein Versuch, die Richtung aufzuzeigen, in der die Antwort gesucht werden muß, soll hier unternommen werden.

I

Mr. Marshall berichtete an das State Department in Washington:

«Wenn Rußland China Beistand leistet, wird China ein russisches Protektorat werden... Ich bin der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten jede mögliche Anstrengung machen müssen, um zu verhindern, daß Rußland seine Sphäre im Pazifik ausdehnt und direkten Einfluß auf die Angelegenheiten Chinas erhält.»

Mr. Marshall war amerikanischer Beauftragter in China zur Zeit der Taipingrebellion. Sein Bericht datiert vom Juli 1855.

In der Tat, der amerikanisch-russische Gegensatz hat nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen und der Kampf um China nicht mit dem Auftauchen Maos oder der KP Chinas. «Mit der amerikanischen Ausdehnung nach Osten im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts», schrieb der Autor einer Untersuchung über die russisch-amerikanischen Beziehungen zwischen 1895 und 1914¹, «ging die traditionelle amerikanisch-russische Freundschaft in eine Periode der Rivalität über».

Lesen wir in diplomatischen Berichten, die zwischen 1895 und 1904 nach Washington geschickt wurden, so erfahren wir: Rußland ist ständig auf territoriale Ausdehnung aus. Es wünscht eisfreie Zugänge zum Pazifischen Ozean. Korea und die Gegend um Peking würden seinen Anforderungen entsprechen (Bericht des Gesandten der Vereinigten Staaten in Rußland im Jahre 1895). Rußland beherrscht die Mandschurei. Im Interesse Amerikas ist es, daß China unabhängig seine Rohstoffquellen entwickelt, sonst verlieren wir den größten Markt der Welt (Bericht des Gesandten der Vereinigten Staaten in China im Jahre 1898).

Von 1898 bis 1904 spitzt sich der russisch-amerikanische Gegensatz immer mehr zu. Die diplomatischen Berichte unterstreichen, daß das autokratisch regierte Rußland die Tendenz habe, sich Gebiete einzuverleiben, während das demokratische Amerika friedlichen Handel und daher die Politik der offenen Tür anstrebe. Um den Russen Einhalt zu gebieten, empfahl sich daher die Stärkung Japans. Andere Mittel wurden allerdings auch erwogen.

¹ E. H. Zabriskie, *American-Russian Rivalry in the Far East* — 1946.

Im Juli 1903 schrieb Präsident Theodore Roosevelt seinem Secretary of State:

«Ich habe nichts dagegen, daß die Russen wissen, daß ich über ihr Verhalten in der Mandschurei erbost bin, daß ich nicht nachgeben werde und von Jahr zu Jahr sicherer bin, daß unser Land hinter mir steht, wenn ich in dieser Sache aufs äußerste gehe.»

Zunächst aber versuchte es Roosevelt mit Japan. Am 12. Januar 1904 ließ die amerikanische Regierung Japan wissen, daß im Falle eines Krieges mit Rußland Amerika eine freundliche Haltung gegenüber Japan einnehmen würde, und am 8. Februar griff Japan die russische Flotte bei Port Arthur an. Präsident Theodore Roosevelt schrieb an seinen Sohn: «Ich war hocherfreut über den japanischen Sieg, denn Japan spielt unser Spiel.»

In der Folge versuchten die Vereinigten Staaten ein Gleichgewicht zwischen der Macht Japans und Rußlands herzustellen. Jedoch von 1908 bis 1914 arbeiten beide Staaten oft Hand in Hand auf Kosten der Amerikaner, deren Investitionen in der Mandschurei in diesen Jahren erheblich zurückgingen. Der Weltkonflikt von 1914 unterbrach diese Periode. Japan erklärte den Krieg an Deutschland, um freie Hand in China zu bekommen, und 1917 brach das Russische Reich zusammen; Revolution und Bürgerkrieg ließen es aus dem Mächtespiel ausscheiden. Japan wurde zum Befürworter einer Intervention der Alliierten in Sibirien, um die Ausnutzung Rußlands durch die Deutschen zu verhindern. Dem State Department in Washington war jedoch klar, daß solche Intervention sich hauptsächlich auf japanische Truppen stützen und daher Japan im Fernen Osten stärken mußte. Acht Monate hindurch widersetzte sich Präsident Wilson der Intervention. Als aber die Japaner einen Vorwand fanden, um Wladiwostok zu besetzen, landeten amerikanische Truppen im August 1918 in Sibirien. Offiziell war dies eine Aktion gegen Deutschland, und von der öffentlichen Meinung wurde die Intervention als Kreuzzug gegen die Privateigentum und Religion zerstörende Revolution angesehen. Als sich aber 1946 die Archive für die Dokumente dieser Jahre öffnen, findet die Dozentin Pauline Tompkins², daß der wahre Grund der Intervention war, zu verhindern, daß Sibirien in japanische Hände geriete, und daß «als Resultat die Vereinigten Staaten in die seltsame und widerspruchsvolle Rolle eines Protektors russischer Souveränität gezwungen wurden, während ihr Abscheu vor dem politischen System Rußlands wuchs». Amerika konnte daher auf die Dauer keine der konterrevolutionären Regierungen in Sibirien stützen, da diese stets japanische Hilfe benötigt hätten. Frau Tompkins fand, daß der «Außenminister» des Admirals Kolttschak im September 1919 erklärt hatte: Rußland wird die Vereinigten Staaten hassen dafür, daß sie nach Sibirien kamen und uns ermutigten, Hilfe zu erwarten,

² American-Russian Relations in the Far East by Pauline Tompkins, New York 1949.

bis wir dann herausfanden, daß sie keine Absicht hatten, uns zu helfen, sondern daß sie ihrem Streit mit Japan größere Bedeutung beilegen.

Die «konterrevolutionäre Intervention», deren ideologischer Inhalt offenkundig zu sein schien, erwies sich als ein machtpolitischer Schachzug³. Die Regierung Lenins und Trozkijs begriff das jedoch durchaus, verschiedentlich erklärten «Prawda» und «Iswestija» in den Jahren 1920 und 1921, daß Amerika einen starken Staat im Rücken Japans zu schätzen wisse und daß gegenüber dem japanischen Imperialismus amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit möglich wäre.

Von 1920 bis 1945 blieb Japan der wesentliche Machtstaat, der China unter seine Oberhoheit zu bringen und die offene Tür zu schließen suchte. Als Japan wiederum die Kriegssituation ausnutzen wollte und Bestätigung seiner Vorherrschaft in China verlangte, erfuhr es Ablehnung, und der amerikanisch-japanische Krieg begann. Kaum aber war der Krieg im Gange, als der Gedanke aufkam, daß in Zukunft nicht mehr Japan, sondern China selbst die Stellung Amerikas in Asien bedrohen könnte. Der führende amerikanische Geopolitiker, der verstorbene Professor Spykman⁴, schrieb 1942: «Das asiatische Mittelmeer ist vielleicht die bedeutendste Quelle strategischen Rohmaterials für die Vereinigten Staaten, und die Kontrolle dieses Meeres würde die Basis unserer militärischen Stärke gefährden... die Hauptschwierigkeit der Nachkriegsperiode wird nicht Japan, sondern China bilden... Wenn China stark wird, wird die gegenwärtige wirtschaftliche Durchsetzung dieser Region (d. h. Südostasiens) eine politische Färbung annehmen. Es ist möglich, sich den Tag vorzustellen, an dem dieses Gewässer nicht von englischer, amerikanischer oder japanischer Seemacht, sondern von der chinesischen Luftmacht kontrolliert wird...»

Zu einer Zeit, da die Kriegsstimmung gegen Japan auf das höchste stieg, zog Spykman — wenn auch nicht für das ganze Publikum — die Schlußfolgerung: «Zweimal in einer Generation sind wir Großbritannien zu Hilfe gekommen, um zu vermeiden, daß die kleine Insel gegenüber dem Festland nicht einem einzigen riesigen Militärstaat auf der andern Seite der Küste gegenüberstehe. Wenn das Machtgleichgewicht im Fernen Osten aufrechterhalten werden soll, werden die Vereinigten Staaten eine ähnliche Schutzpolitik gegenüber Japan einnehmen müssen.»

Es bedurfte also nicht des Sieges Maos, um solche Überlegungen hervorzubringen. Seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in die Weltpolitik ist China ihr Problem gewesen und hat der Gegensatz zu Rußland — mehr oder weniger akut — eine wesentliche Rolle gespielt. In den Köpfen aktiver Poli-

³ Natürlich bedurfte es zu dieser Erkenntnis nicht erst der Öffnung der Archive, sie findet sich im wesentlichen schon in dem Standardwerk: *The Far Eastern Policy of the United States* by A. W. Griswold — New York 1938.

⁴ N. J. Spykman, *America's Strategy in World Politics*, New York 1942.

tiker jedoch setzen sich außenpolitische Gegensätze leicht in ideologische und moralische Wertungen um, zumindest aber bedürfen sie ideologischer Verkleidung und moralischer Urteile zur Rechtfertigung und Popularisierung der Machtpolitik.

II

Wenden wir uns der europäischen Seite des amerikanisch-russischen Gegensatzes zu. Werden wir dort eine andere Beziehung zwischen Machtpolitik und Ideologie finden? Haben hier die antitotalitären Ideen Amerikas oder seine kapitalistischen Interessen einen größeren Einfluß auf die Entstehung des «Kalten Krieges»? Im Zweiten Weltkrieg machte Amerika viel Gebrauch von seiner antifaschistischen Ideologie, mehr als jedes andere Land⁵, aber wie anders konnte Kriegsstimmung erzeugt werden? Wie anders, denn als Kreuzzug für Menschenrechte konnte den 150 Millionen, die bisher das Gefühl hatten, in ihrer eigenen Welt zu leben, verständlich gemacht werden, daß es zweimal in einer Generation nötig geworden war, die Entstehung einer Europa beherrschenden Militärmacht zu verhindern?

Es bedürfte einer weit größeren Einsicht in weltpolitische Zusammenhänge, um zu verstehen, daß die Konstituierung einer integralen Militärmacht an den Ufern des Atlantiks die Lebenslage der Vereinigten Staaten verändern muß. Diese Gefahr aber erhebt sich nun zum drittenmal. Daß das Rußland, das diese Gefahr heraufbeschwört, gleichzeitig ein totalitär-kommunistischer Staat ist, bildet nicht die Wurzel, aus der der «Kalte Krieg» erwächst. «Glaubt jemand», fragt der Direktor des Zentrums für das Studium amerikanischer Außenpolitik an der Universität von Chicago, daß es den Vereinigten Staaten gleichgültig wäre, wenn der russische Imperialismus wie im 18. und 19. Jahrhundert unter dem ideologischen Banner des Christentums, statt des Bolschewismus, vorwärtsmarschieren würde?⁶»

III

Wie aber sieht unser Problem, von der russischen Seite her gesehen, aus? Spielt hier Gesinnung eine größere Rolle? Hat sich der Kurs der russischen Außenpolitik unter Stalin von dem der traditionellen Machtpolitik des russischen Reiches entfernt?

In seiner Schrift «Herr Vogt» (1860) schrieb Karl Marx über die aus einer Reihe von Geheimdokumenten hervorgehenden Pläne der russischen Außenpolitik und schloß daraus: «Wir Deutsche verlieren bei dieser Operation weiter nichts als Ost- und Westpreußen, Schlesien, Teile von Branden-

⁵ Ende 1944 erklärte Churchill im Unterhaus, der Krieg habe von nun an keinen ideologischen Charakter mehr.

⁶ H. J. Morgenthau, In Defense of the National Interest — New York 1951.

burg und Sachsen, ganz Böhmen und Mähren und das übrige Österreich, außer Tirol . . . »

Haben wir hier nicht die Linie, auf der Stalins Armee aufmarschiert ist? Pläne, die unter Katharina, Alexander I. und Nikolaus I. entstanden, verwirklichten sich in Yalta und Potsdam. Schon 1853 hatte Friedrich Engels die strategisch-machtpolitische Grundlage für den Drang nach Westen erläutert, wenn er schrieb: Die gebrochene, wellenförmige Westgrenze des russischen Reiches, der Mangel einer natürlichen Grenze ist Grund für den Wunsch nach Grenzberichtigung, und es erscheint den Russen, daß ihre natürliche Grenze von Danzig oder besser Stettin bis Triest läuft.

Wie in Europa, so folgt auch in Asien Stalins Rußland der unter den Zaren eingeschlagenen Politik der Machtsicherung. Hatte einst Lenin die Niederlage Rußlands und seiner expansionistischen Asienpolitik begrüßt, zumal diese Niederlage den Weg zur Revolution von 1905 öffnete, so rief Stalin am 2. September 1945, dem Tag, an dem sich die japanische Armee den Russen ergab, durch das Moskauer Radio: «Der Flecken der Niederlage von 1904 ist ausgelöscht. Vierzig Jahre haben wir Männer der älteren Generation auf diesen Tag gewartet. Japan hat seine Niederlage anerkannt. Das heißt, daß Südsachalin und die Kurilischen Inseln zur Sowjetunion kommen werden und nicht länger als Mittel dienen, die Sowjetunion vom Ozean zu trennen. Statt dessen werden sie als Mittel dienen, die direkte Verbindung mit dem Ozean herzustellen . . . » Der Drang zum Ozean, von dem die Berichte der amerikanischen Diplomaten zwischen 1898 und 1904 so viel sprachen, wurde hier erneut bestätigt.

Wenn nun heute die Folgen der Machtpolitik so viel weiter greifen als je in der Vergangenheit, so deshalb, weil sich heute zwei Weltmächte gegenüberstehen, deren Spannungen nicht durch die Zwischenschaltung anderer Mächte und ihrer Interessen mehr eingedämmt werden können. Pessimistische Beobachter der neueren Geschichte haben diesen Zeitpunkt vorausgesehen. Im Jahre 1869 schrieb Jakob Bachofen in einem Brief: «Ich fange an zu glauben, daß der Geschichtsschreiber des zwanzigsten Jahrhunderts nur noch von Amerika und Rußland zu reden haben wird.» 35 Jahre zuvor hatte Alexis de Tocqueville im berühmten Schlußabsatz des 18. Kapitels seiner «Demokratie in Amerika» nicht nur bemerkt, daß Rußland und Amerika dazu bestimmt zu sein schienen, je den halben Erdball zu beherrschen, sondern er hatte auch darauf hingewiesen, daß das amerikanische Prinzip das des persönlichen Interesses sein werde, während das russische das der Zentralisation aller Autorität in der Gesellschaft bleiben werde. In der Tat, die beiden großen Machtsysteme fahren fort, dem Gesetz, nach dem sie angetreten, zu folgen, aber ihr Aufeinanderprallen ist nicht die unmittelbare Folge der Prinzipien, die sie vertreten. Die Ideologisierung des Machtgegensatzes verschärft diesen freilich und versperrt alle noch möglichen Auswege

aus dem Konflikt, der die Welt mit einer totalen Katastrophe bedroht. Nüchterne Versuche, neue Wege der Machtbalancierung zu finden, müßten zum Beispiel in Betracht ziehen, daß in einer Generation die Polarisierung der Macht verschwunden sein mag, nämlich dann, wenn China ein Machtfaktor eigener Bedeutung geworden sein wird.

Die gesamte Welt kann sich heute ebensowenig dem Mächtekonflikt selbst wie den Prinzipien, unter deren Fahnen er sich abspielt, entziehen. Die reale Bedeutung der letzteren kann und darf nicht verkannt werden. Einem Volk, das unter die Herrschaft der stalinistischen Diktatur gerät, hätte keinen Nutzen mehr vom Wissen um die Gründe, die es dahingebraucht haben. Solange es jedoch noch politische Bewegungsfreiheit gibt, ist nüchterne Analyse von Vorteil. Wiewohl das Heil der Welt nur in der Überwindung der Machtbeziehungen liegen kann, wäre die heutige Außenpolitik der Vereinigten Staaten um vieles hoffnungsvoller, wenn deren Politiker die wahren Triebkräfte ihrer Politik nicht vergessen würden und sie obendrein vor der Öffentlichkeit analysieren dürften, anstatt diese und damit am Ende sich selbst immer schneller im Kreise ideologischer Argumentation herumzutreiben. Es war die Stärke der britischen Politik, daß sie offen von Machtverhältnissen sprechen durfte.

Regierungen werden leicht Gefangene ihrer eigenen Propaganda, mit der sie ja die Basis ihrer Existenz bauen. Die russische bürokratische Herrschaftsschicht bedarf der Bedrohung durch die kapitalistische Reaktion zur dauernden Rechtfertigung ihrer totalitären Diktatur. Die von Wahlen abhängigen Politiker der Vereinigten Staaten dagegen werben um die Volksstimmen, indem sie sich gegenseitig den Rang ablaufen, als beste Prediger und reinste Ritter in der großen Kreuzfahrt wider den Bolschewismus. Damit aber, daß die Sicherung des nationalen Daseins der Vereinigten Staaten zum Kreuzzug gemacht wird, werden zunehmend die Kräfte gestärkt, die die Gelegenheit benutzen möchten, um gegen alles zu Felde zu ziehen, was auf Änderung sozialer Verhältnisse gerichtet ist, indem sie jeden als Stalinisten denunzieren, der für eine soziale Reform ist, für die die Stalinisten einzutreten vorgeben. Mit dem Anwachsen solcher Kräfte wird Amerikas Sicherungspolitik zu einer Gefahr für den Fortschritt, während die russischen Diktatoren bereits hier und jetzt jede demokratische Regung als dem amerikanischen Imperialismus dienend bekämpfen und die Strategie ihrer nationalstaatlichen Sicherung mit der Liquidation der Menschenrechte verbinden. Die Hilfe, die ihnen hierbei stalinistische Parteien liefern, ist ein weiterer wesentlicher Grund für das Überwuchern des ideologischen Moments im gegenwärtigen Konflikt. Wenngleich der «Kalte Krieg» sich nicht an den Reibungen gegensätzlicher Sozialsysteme entzündet hat, sind doch deren Ideologien das Öl, das in die Flammen gegossen wird, die unsere Zivilisation zu zerstören drohen.